

Update vom 2. 10. 2023:

Präsentation: Inflation: Ursachen, Folgen, Gegenmaßnahmen

Prof. Dr. Rudolf Hickel Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)

- + September 2023 fällt die Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) in Deutschland mit 4,5 % auf den Wert vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine (Februar 2022 4,3%) zurück.
- + Diese ist nicht das Ergebnis einer erfolgreichen Zinswende der EZB. Entscheidend ist die Abnahme des Preisanstiegs für die vor allem importierten Energie (auch Embargo).
- + Inflationstreibend wirkt auch die durch Unternehmen vor allem mit Marktmacht durchgesetzten Gewinnaufschläge (Gewinninflation, Geerflation).
- + Die gesamtwirtschaftlichen Schäden der EZB-Geldpolitik, die mit der Drosselung per Kredite finanzierter Nachfrage kalkuliert werden, sind unübersehbar.
- + Jetzt muss auch noch die Finanzpolitik auch noch die Kollateralschäden der Geldpolitik kompensieren. Ihr stellt sich die doppelte Aufgabe: Substanzsicherung der durch die Inflation in die Krise geratenen Unternehmen und Sozialausgleich für die durch die Geldentwertung besonders sozial Betroffenen.
- + Es gibt mehrere Hinweise dafür, dass die mittelfristige Inflationsrate vor allem auch im Zuge des gewollten ökologischen Umbaus erst einmal steigen muss. Daher sollte die angemessene Zielinflationsrate von der 2 Prozent erhöht werden. Das Klimageld sichert den Ausgleich für die ökologisch gewollte Transformation vor allem per Abgaben.

Unter dem Regime der **POLYKRISE** → **HYPERKOMPLEXITÄT**

1. DIE DREI I-Krisen:

INFEKTION (Corona): -Triebkraft Globalisierungskrise über Lieferkettenprobleme

- (Wieder-)Entdeckung öffentlicher Infrastruktur

INTERVENTION: Krieg, neue Blockbildung, Protektionismen („Nation first...“)

- Krise „Wandel durch Handel“
- Ökonomische Wohlstandsgewinne aller beteiligten Nationen kein Garant für Frieden

INFLATION: Ursachen, ökonomische und soziale Folgen

2. Krise der hybriden **Globalisierung**

- Machtvolle Blockbildung
 - Lieferketten-, Logistikstörungen
 - Geostrategische Blockbildung
- Neue Orientierung: Resiliente Geschäftsmodelle: Friend Shoring

3. Wiederbelebter **Protektionismus** ...USA / EU / D first!? (USA Inflation Reduction Act, Chipproduktion in D)

4. Menetekel „**Deindustrialisierung**“ in Deutschland

4. **Politik** widersprüchlich / überfordert / Fehlentscheidungen /unter dem Druck der Schuldenbremse

5. **Geldpolitik im EUROSISTEM**: Erfolgreiche Antiinflationpolitik mit gesamtwirtschaftlichen Kollateralschäden

Überlagert: Ökologisch-soziale Transformation: Verfehltes Klimaziel 1,5 Grad

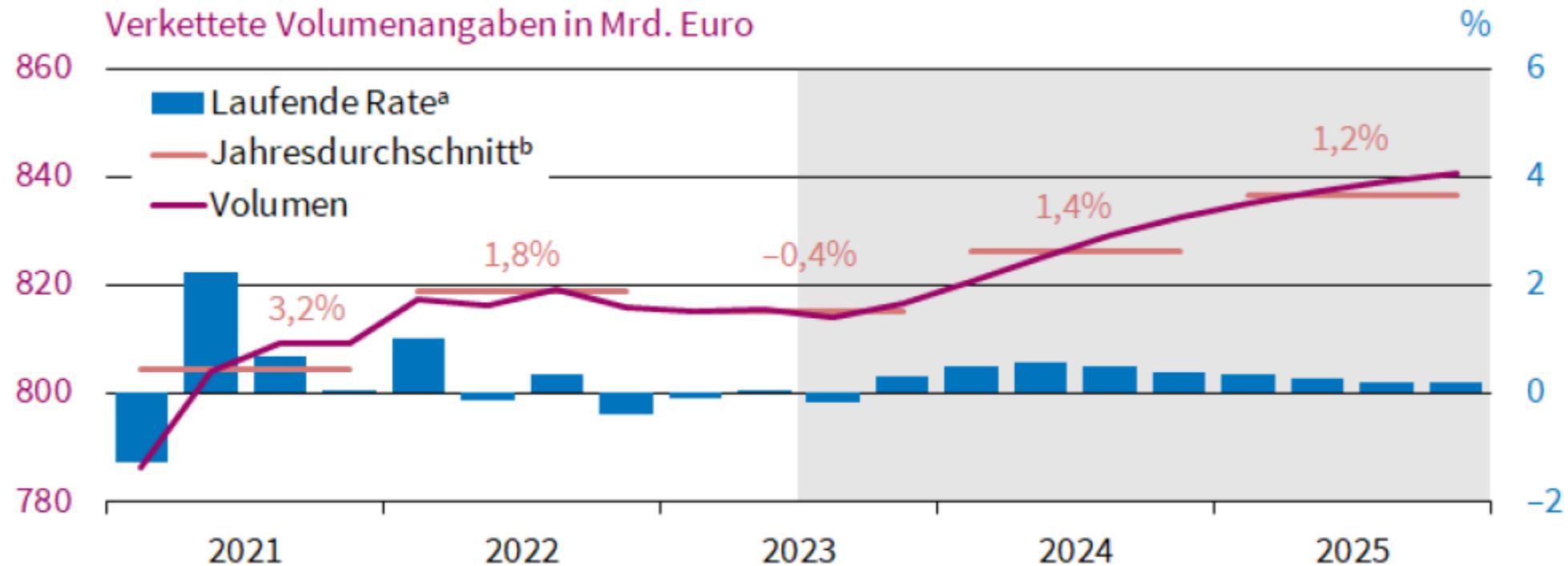
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung: Riskantes Rezessionsklima

ifo-Prognose (v. 7. September 2023) 2023: -0,4%

Gemeinschafts-Herbstprognose 2023: -0,6% / 2024: +1,3% / 2025: +1,5%

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

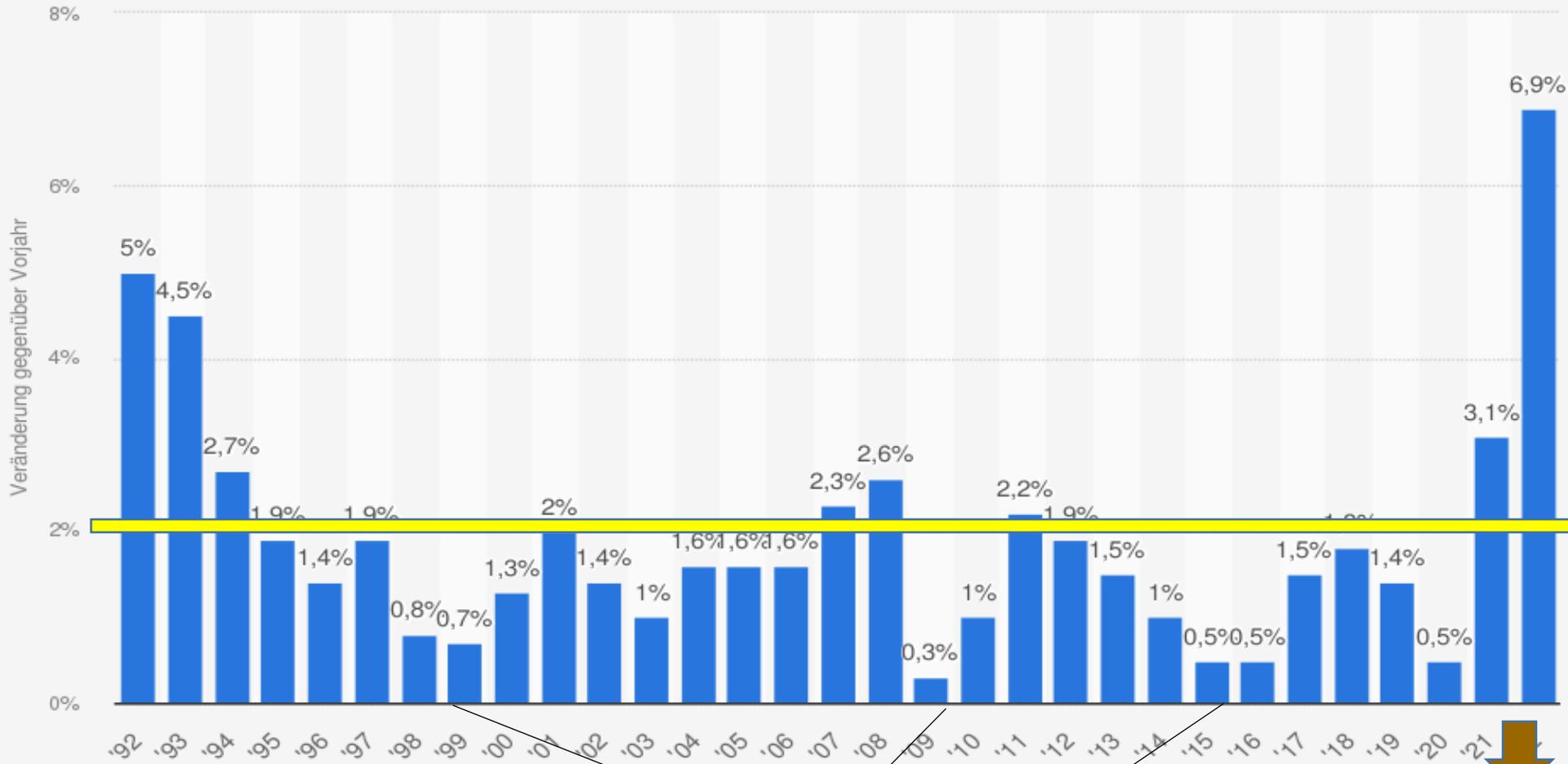


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 3. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts.

Inflationsrate in Deutschland von 1992 bis 2022 (Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahr)



Prognosen 2023

Herbst-Prognose 2023: 6,1 %
 Bundesregierung (BR): **6,0%**

Herbst Prognose 2023: 2,6%
 BR **2,7%**

Zielinflation-
 rate **2 %**

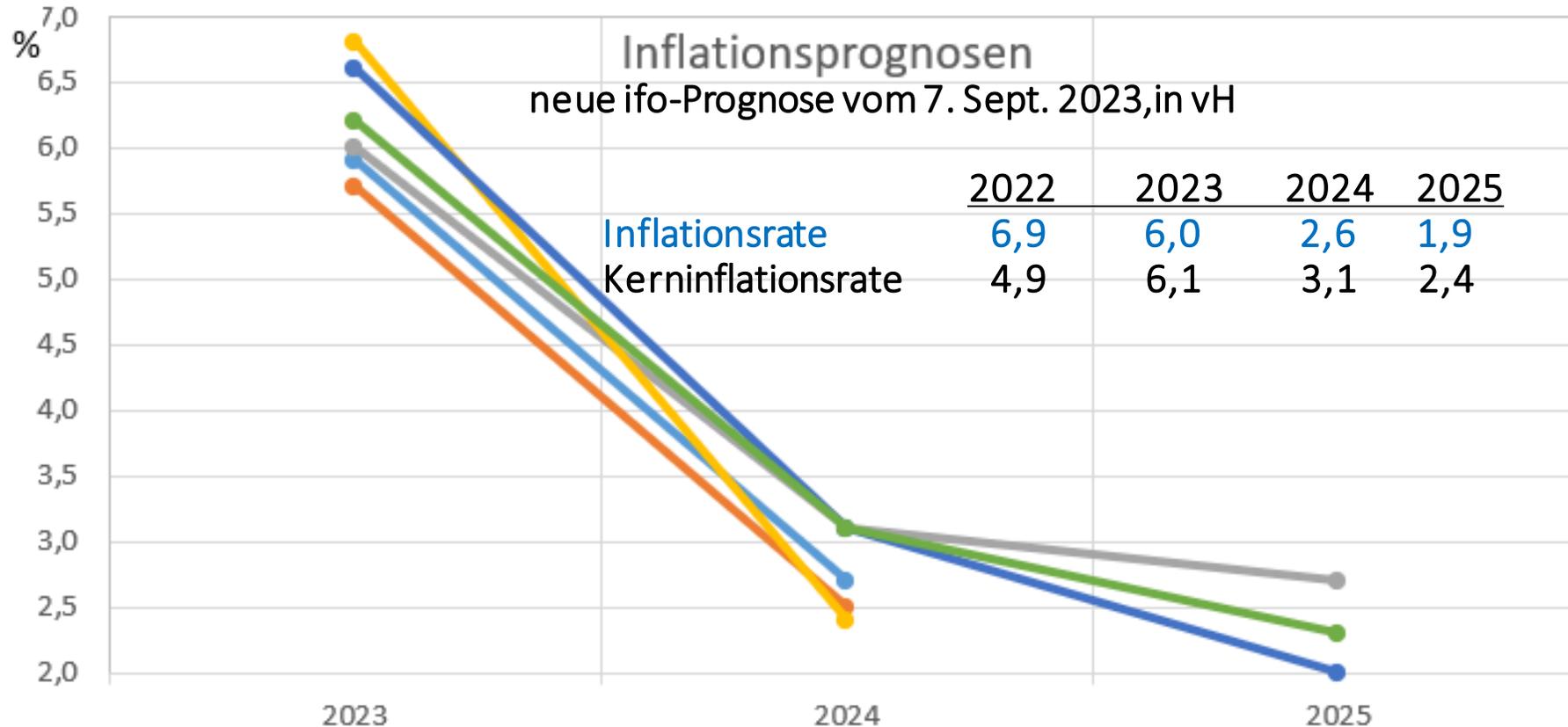
Zeitweise Deflationsängste

Explodierende
 Inflation

Quelle
 Statistisches Bundesamt
 © Statista 2023

Weitere Informationen:
 Deutschland

Die meisten Prognosen erwarten stark rückläufige Inflationsraten (in Richtung Zielinflationsrate von 2%)



—●— Bundesregierung
—●— Deutsche Bundesbank
—●— ING

—●— Commerzbank
—●— Europäische Kommission
—●— IWF

2023: OECD bei 6,0%, Europäische Kommission bei 6,4% (im Vergleich höchste Rate). Das Ifo-Institut bei 6%, das RWI bei 6,1% das IfW Kiel bei 6,0%.

Durchschnittswert für 2023 bei 6,1%

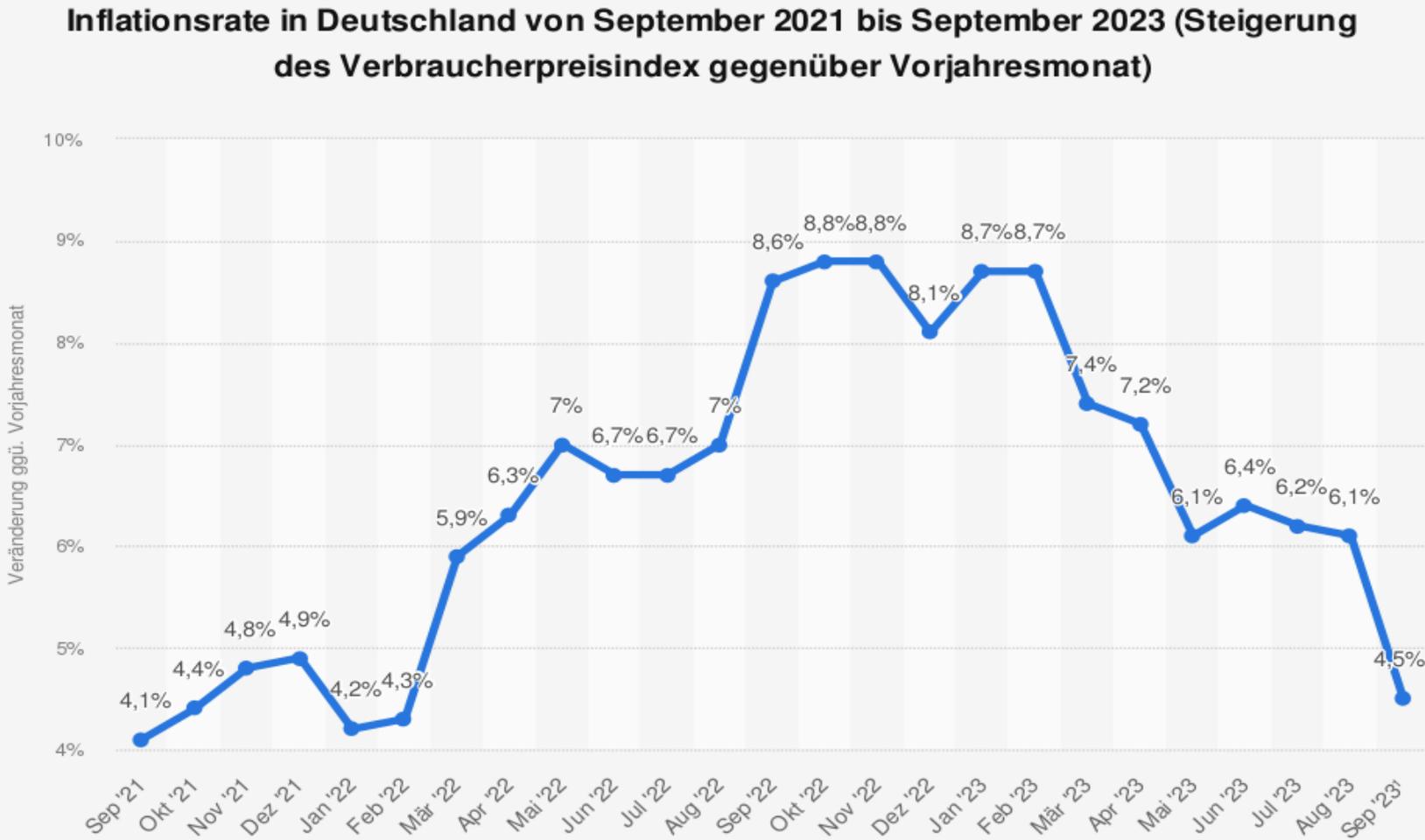
2024 Europäische Kommission 2,8%. Das Ifo-Institut 2,6%, RWI bei 2,3%, das IfW Kiel 2,1%. **Durchschnittswert für 2024 bei 2,45%**

2025 das Ifo-Institut 1,9%, das RWI Leibniz auch 1,9%. Das IfW Kiel 2,1%.

Durchschnittswert für 2025 bei 2,0%



Blick auf die monatlichen Inflationsraten: Deutlicher Rückgang im September auf Rate vor Beginn des Ukrainekrieges (Februar 2022) – Triebkraft sinkende Energiepreise und Basiseffekte (Ende August 2022: Tankrabat, 9 €-Ticket laufen aus)



Quelle
Statistisches Bundesamt
© Statista 2023

Weitere Informationen:
Deutschland; Basisjahr 2020 = 100

Zwischenspurt: Was misst die Inflationsrate (VPI)?

Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen (etwa Nahrungsmittel, Mieten, Strom, Kraftstoffe und Friseurleistungen)!

Die Basis zur Berechnung des VPI ist ein **Warenkorb („Market Basket oder Commodity Bundle)**: Repräsentative Zusammenstellung von Gütern und Dienstleistungen, die den Konsum privater Haushalte eines bestimmten Jahres zusammenfassen. Derzeit umfasst er insgesamt 700 gewichtete Warenarten in zwölf Hauptgruppen.

Warenkorb 2020 (wegen Corona-Ausnahmejahr 2020: Durchschnitt 2019 bis 2021! Auf der Basis umfangreicher Datenerhebungen einschließlich von Preisbeobachtern ist das Wägungsschema für 2022 ermittelt worden. Die Preiserhebung erfolgt im Internet / vor Ort / in Datenbanken oder per Datenkauf / Sonstige Preiserhebung (z.B. Onlinemeldung).

Unterschied 2015/2010: Neu aufgenommen in den Korb gegenüber 2010 beispielsweise: Music-Stream / E-Book-Reader (Digitalisierung), höhere Ausgaben für Zahnreparatur (Demografie).

Unterschied 2020/2015: Neu aufgenommen u.a. Smartwatches, Fitnesstracker, Geh- und Alltagshilfen.

Unterschiede VPI (Deutschland) gegenüber EU-Statistik HVPI (abgestellt auf Vergleichbarkeit der Länder): Anderer Warenkorb bei **HVPI**: ohne Glückspiel, Rundfunkbeiträge oder die kalkulierten Kosten für selbstgenutztes Wohneigentum

Neuer Warenkorb

Neue Waren:

Beispielsweise

* Smartwatches

* Fitnessstracker

* Geh- und Alltagshilfen

Inflationsrate mit Warenkorb von 2022
niedriger als mit dem 2015:

2022: VPI-Rate

alt: 7,9%

neu: 6,9%

Ursache:

Bei andauernd steigenden Preisen
für eine Warengruppe ab 2015

Fall 1: Mengeneffekt

*Ausweichmöglichkeit auf
höhere Preise*

Nachfrage geht zurück; Gewicht im
Warenkorb sinkt. Beispiel:

**Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere
Brennstoffe**

von 32,5% 2015

auf 25,9% 2022

Fall 2: Preiseffekt

Keine Ausweichmöglichkeit auf höhere

Preise

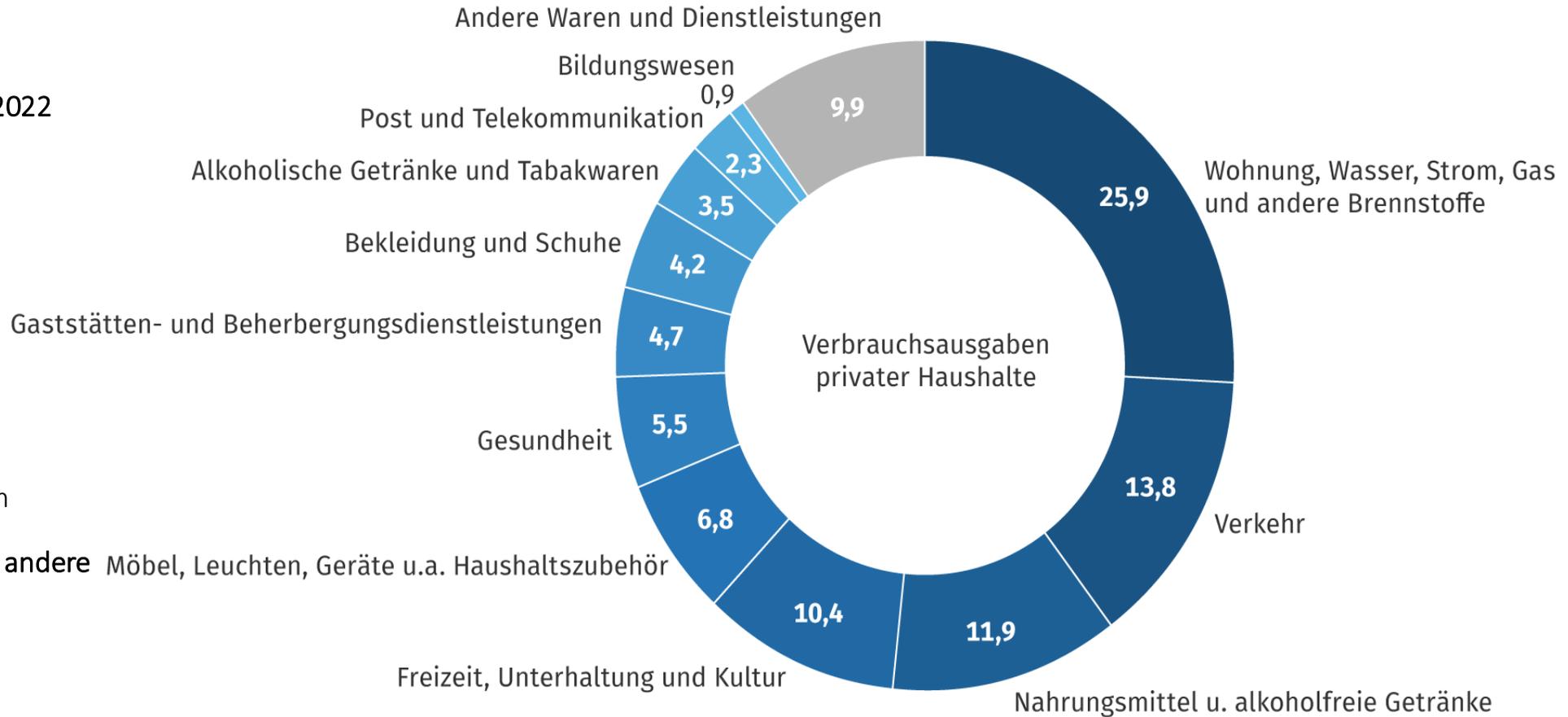
*Bei höherem Preis wird weiterhin
nachgefragt*

Gewicht für Nahrungsmittel steigt von

9,7% 2015 auf 11,9% 2020

Gewichtung im Verbraucherpreisindex

Wägungsschema zum Basisjahr 2020 in %



©  Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Verbraucherpreis-Inflation wirkt sozial ungerecht: Sozialausgleich durch Politik

Einkommensabhängige Belastung:

Differenzierte Inflationsraten + spezifische Konsummuster

Ergebnis: Bei Konsummuster spielen insbesondere bei den Haushalten mit geringem Einkommen vergleichsweise große Anteile ihrer Konsumausgaben für Waren und Dienstleistungen, die in jüngster Zeit von hohen Preissteigerungen betroffen (etwa Energie, Lebensmittel), eine Rolle!

Bei prognostizierter Inflationsrate mit 7,1%:

- * Haushalte im untersten Dezil 2022 müssen 5,3% ihres Nettoeinkommens mehr aufwenden, um Konsum des Vorjahres zu halten.
- * Mit steigendem Einkommen nimmt die relative Mehrbelastung tendenziell ab.
- * Für das oberste Dezil liegt die Mehrbelastung bei 1,1% (besonders betroffen durch Mobilitätsenergie etwa Kraftstoffe)

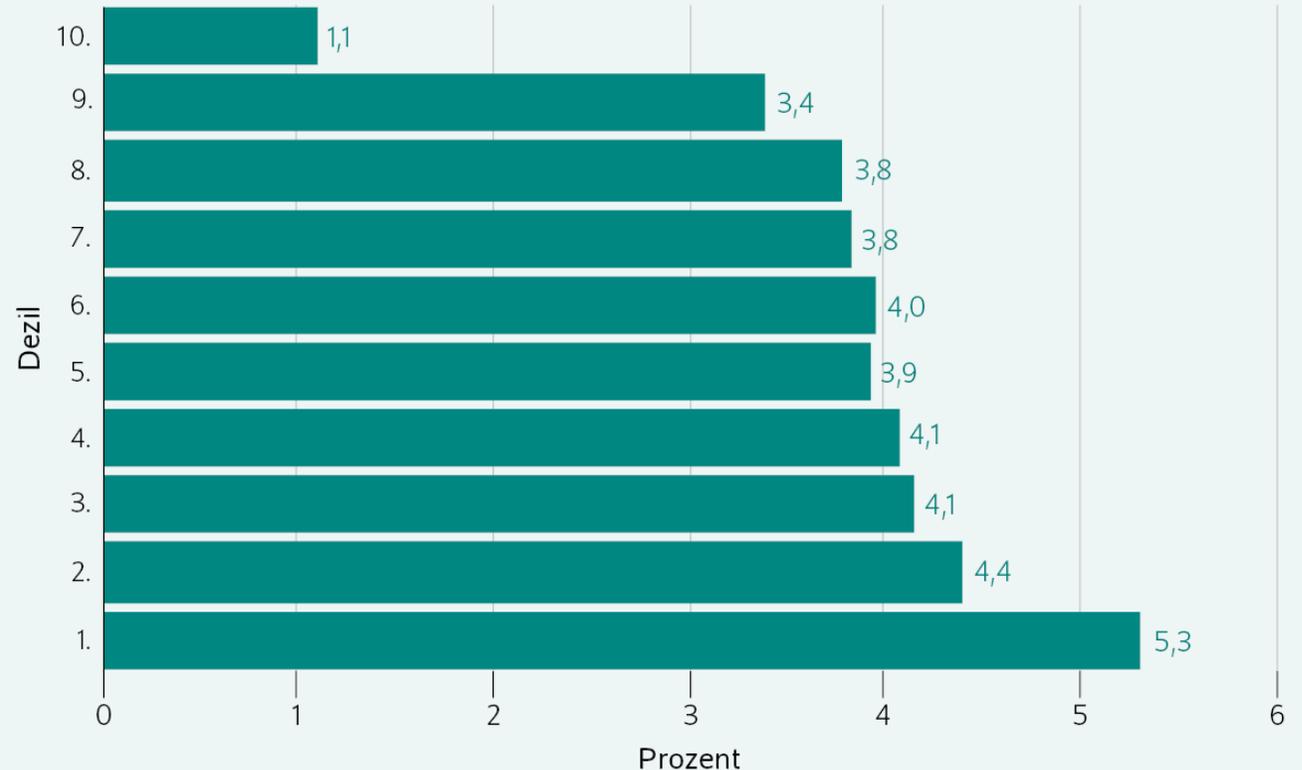
Quelle: DIW- Wochenbericht 28/22

„Folgen der Inflation treffen untere Mittelschicht: Staatliche Hilfspakete wirken nur begrenzt“

Abbildung 4

Belastung durch die Inflation nach Einkommensdezilen

In Prozent des jeweiligen Nettohaushaltseinkommens



Anmerkungen: Privathaushalte, jährliches, bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen. Inflationsentwicklung 2022 entspricht Bundesbankprognose.

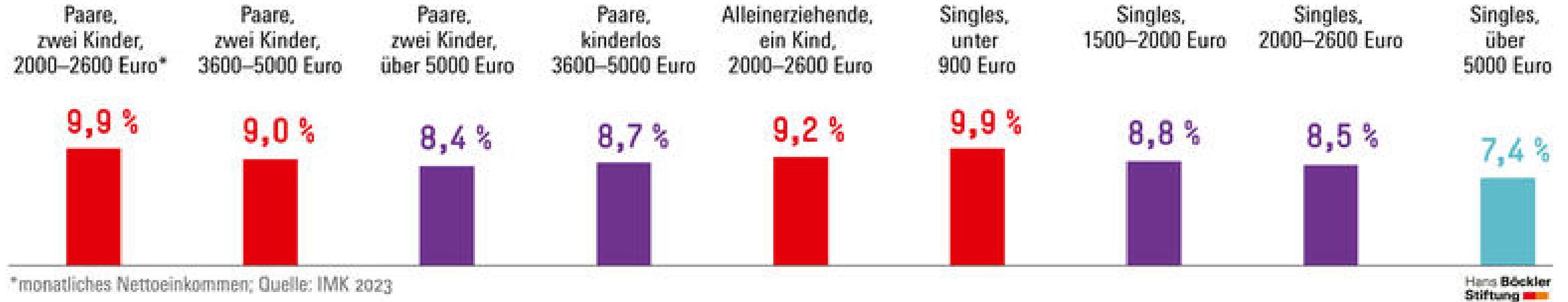
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), des SOEP v37, des Statistischen Bundesamts und der Bundesbank.

Sozial-ökonomisch sortierte Privathaushalte: Einkommensschwächere Haushalte stärker belastet

Gesamtwirtschaftliche Verbraucherpreisinflation im Februar 2023 bei 8,7%

Ungleiche Belastung

Die haushaltsspezifische Inflationsrate betrug im Februar für ...



Fazit durch das IMK:

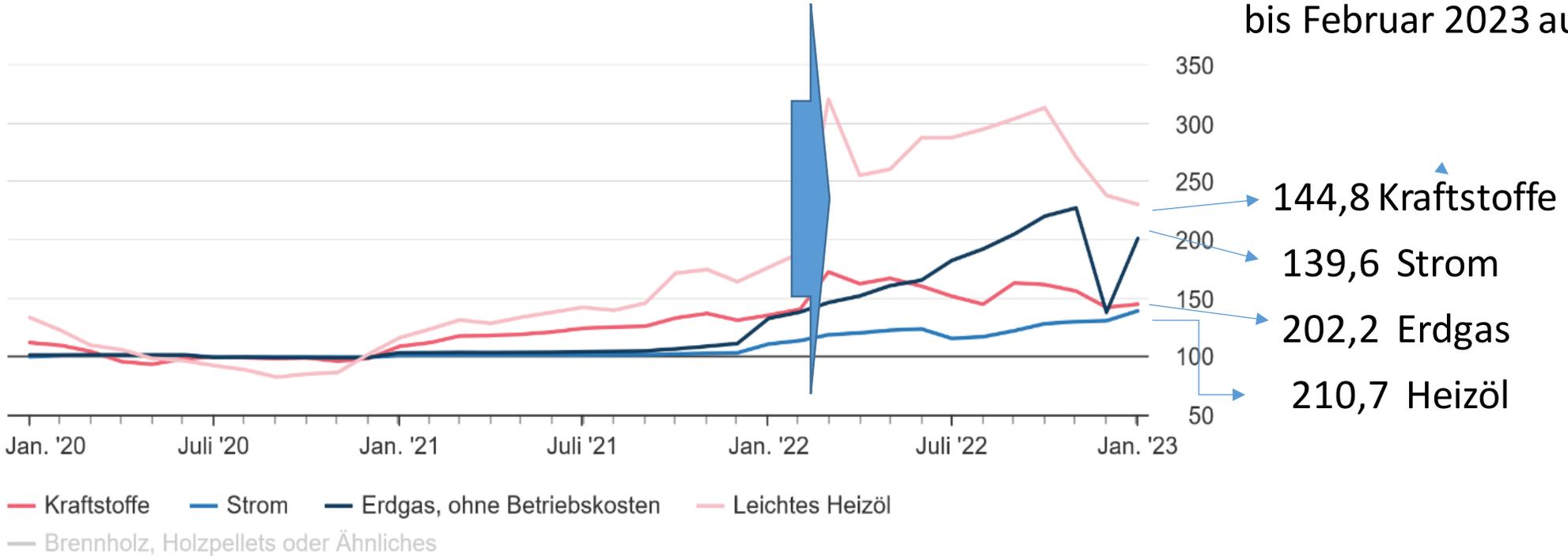
„Die stark gestiegenen Preise für Nahrungsmittel und Haushaltsenergie belasten insbesondere einkommensschwächere Haushalte. Bei ihnen fällt die Inflationsrate 2,5 Prozentpunkte höher aus als bei reichen Singles.“

Stärkster Inflationstreiber: importierte Energiepreise

Auslöser Angriffskrieg ➔ Gegenreaktion Sanktionen durch Embargo + Lieferstopp

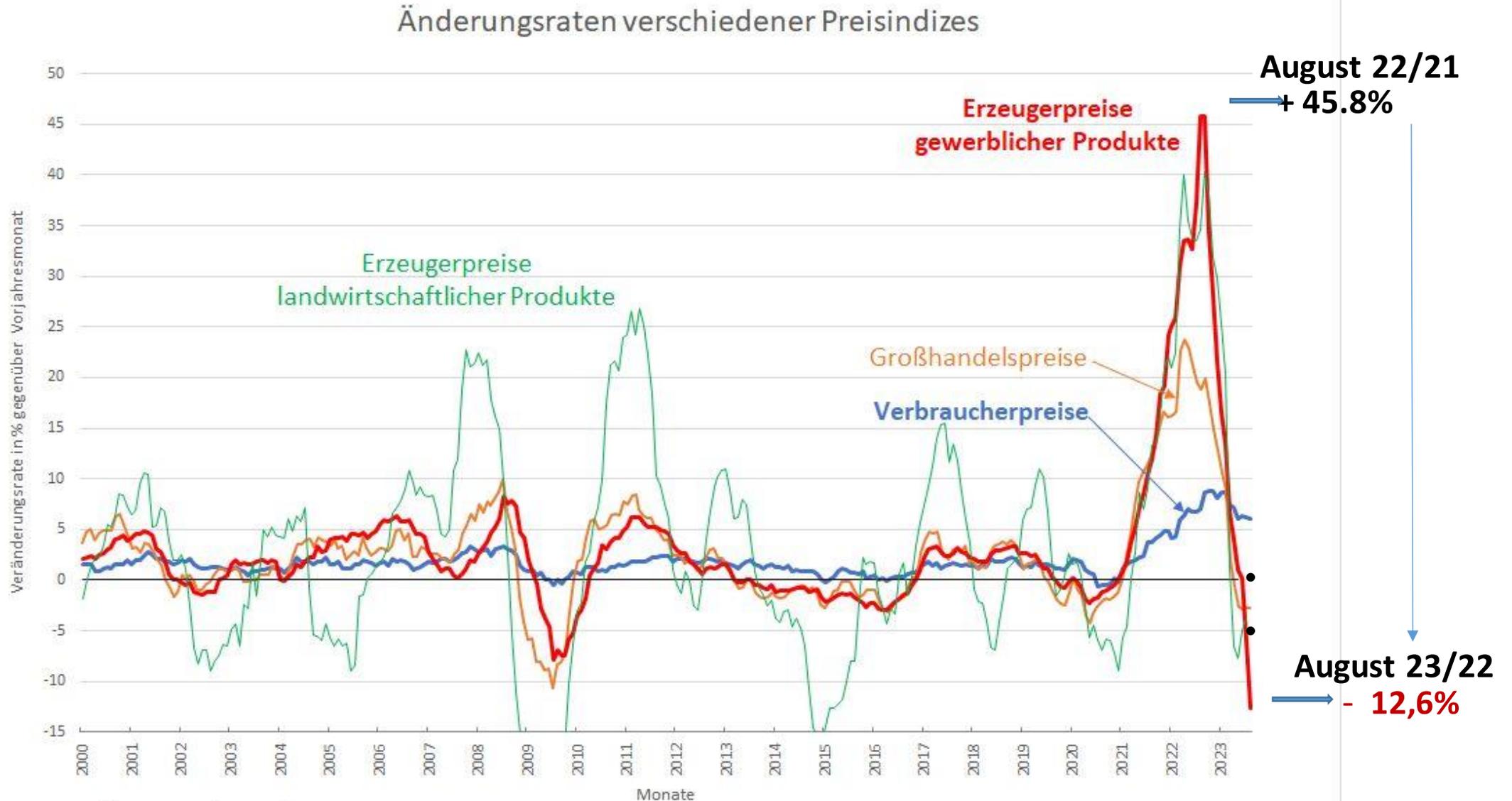
Beispiel Gas: Mengenverluste + Preisanstieg (auch durch Umstieg auf LNG)

Preisindizes für Energieprodukte
2020 = 100



Sinkende Erzeugerpreise gewerblicher Produkte dämpfen seit August 2023 die Inflationsrate

„Sinkende Energiepreise auf Erzeuger- und Verbraucherstufe – was sollte eine weiter anhaltende Inflation speisen?
(Heiner Flassbeck/Friederike Speicker; in: Relevante Ökonomik vom 6. Juli 2023)

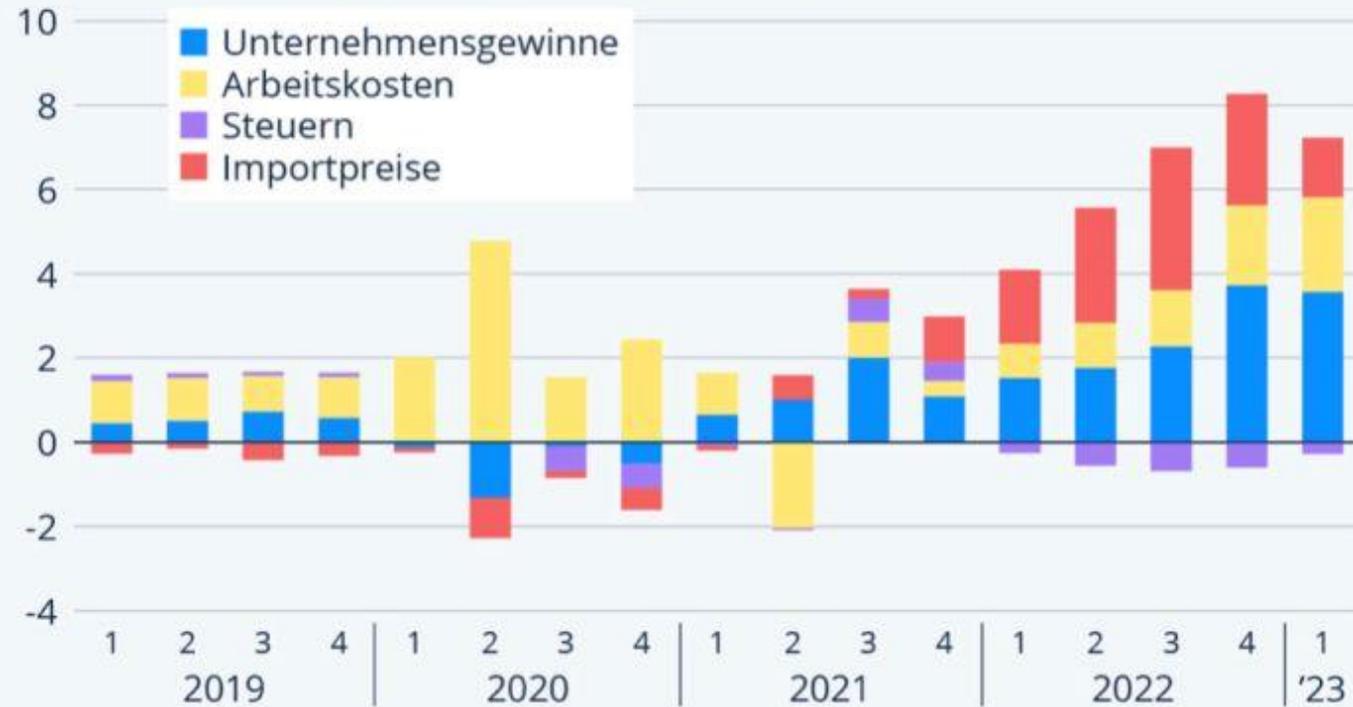


Weiterer
Inflationstreiber:

Der Internationale
Währungsfonds (IMF)
belegt:
Gewinnaufschläge
durchgesetzt vor
allem durch
marktmächtige
Unternehmen
(Mitnahmeeffekte)

Unternehmensgewinne treiben Inflation

Zusammensetzung der Veränderung des Konsumdeflators
im Euroraum ggü. dem Vorjahresquartal (in %)*



* Konsumdeflator = Nominale Konsumausgaben der privaten Haushalte
bereinigt um die inländische Inflation

Quelle: IMF-Berechnungen auf Basis von Eurostat und OECD

Makroökonomische und strukturelle Ursachen der Inflation in der Kontroverse

1. Angebotsinflation (Supply Inflation): Preiserhöhung von der Angebotsseite!

- * Angebotsengpässe: Lockdowns / Lieferketten unterbrochen
- * Importierte Energiepreise: steigen durch Krieg / Lieferembargo und –stopp
- * Monopolistische Preissetzungsmacht (Gewinn gier: Greedflation) und Spekulationsgeschäfte

2. Nachfrageinflation (demand pull Inflation): gesamtwirtschaftlich Nachfrage \gt Angebot!

Überschussnachfrage schafft Spielraum für unternehmerische Preiserhöhungen

Behauptete Triebkräfte der Nachfrageinflation: kreditfinanzierte Staatsausgaben (auch durch Entlastungspakete) /

Lohn-Preis-Spirale; genauer: Preis \uparrow - Lohn \uparrow - Preis-Spirale

3. Monetär ausgelöste Inflation: durch die Notenbank geldpolitisch erzeugter Nachfrageüberschuss per Überflutung mit billigem Geld

Vorherrschende Begründung für die seit dem Juli 2022 eingeleitete Zinswende durch die EZB

4. Strukturelle Inflation: strukturbedingte Verschiebung wichtiger relativer Preise

- * Ökologischer Umbau: CO₂- Abgabe / in der Phase des Umbaus Preissteigerung durch Nachfrage nach wertvollen Rohstoffe: Greenflation
- * Soziale Mindestregulierung durch weltweite Abschaffung von Armutslöhnen (etwa Textilproduktion in Bangladesch) (Erster Beitrag Deutschlands: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)
- * Demografische Entwicklung: Alterung der Gesellschaft (Nachfrageveränderung)

Einzelne Triebkräfte der Inflation aus den vier Ursachengruppen treten oftmals gleichzeitig auf!

Zu Beginn der aktuellen Inflationskrise: Importierte Angebotsinflation + defekte Lieferketten

1. Steigende Preise für importierte Energie

Das Beispiel Gas: Gegenüber 2020 im Februar 2023 bei den privaten Haushalten + 202,2%

+ Ursache: Angriffskrieg gegen die Ukraine

+ Reaktion: Stopp der Lieferbeziehungen durch Embargos und Lieferstopps

+ Folgen: Gas aus Russland entfällt!

Massive Mengenreduktion: steigende Knappheitspreise + höhere Preise für alternative Lieferungen von GAS (etwa LNG)

2. Grundlegende Lieferkettenprobleme (Corona, Krise der Hyperglobalisierung) führen zur inflationstreibenden Angebotsverknappung

Was tun? Verantwortung der Finanz- und Umweltpolitik (nicht der Geldpolitik)

* **Baucht Zeit:** Forcierter Ausstieg aus fossiler Energie (Dekarbonisierung) per Einsparen und ökologischem Umbau.

* **Kurzfristig gegen soziale Not und unverschuldete Unternehmensinsolvenzen:** Entlastungsprogramme (etwa Gas- und Strompreisbremse) sowie Rettungsprogramme für die Unternehmenswirtschaft.

Vom anfänglichen Konsens über die Inflation von der Angebotsseite her verschiebt sich Ursachensuche auf hartnäckig anhaltende Inflation: Ruf nach der gegensteuernden Geldpolitik durch die EZB

Erste Stufe der Inflationsrakete: Der Angebotsschock

Verantwortung der Fiskal- und vor allem ökologische Strukturpolitik

(Beispiel: Ausstieg aus der Abhängigkeit von Gas)

Zweite Stufe der Inflationsrakete: Wechsel unter dem Druck hoher Inflation

Verantwortung liegt bei der Geldpolitik (EZB) gegen hausgemachte

Übernachfrage in Euroraum

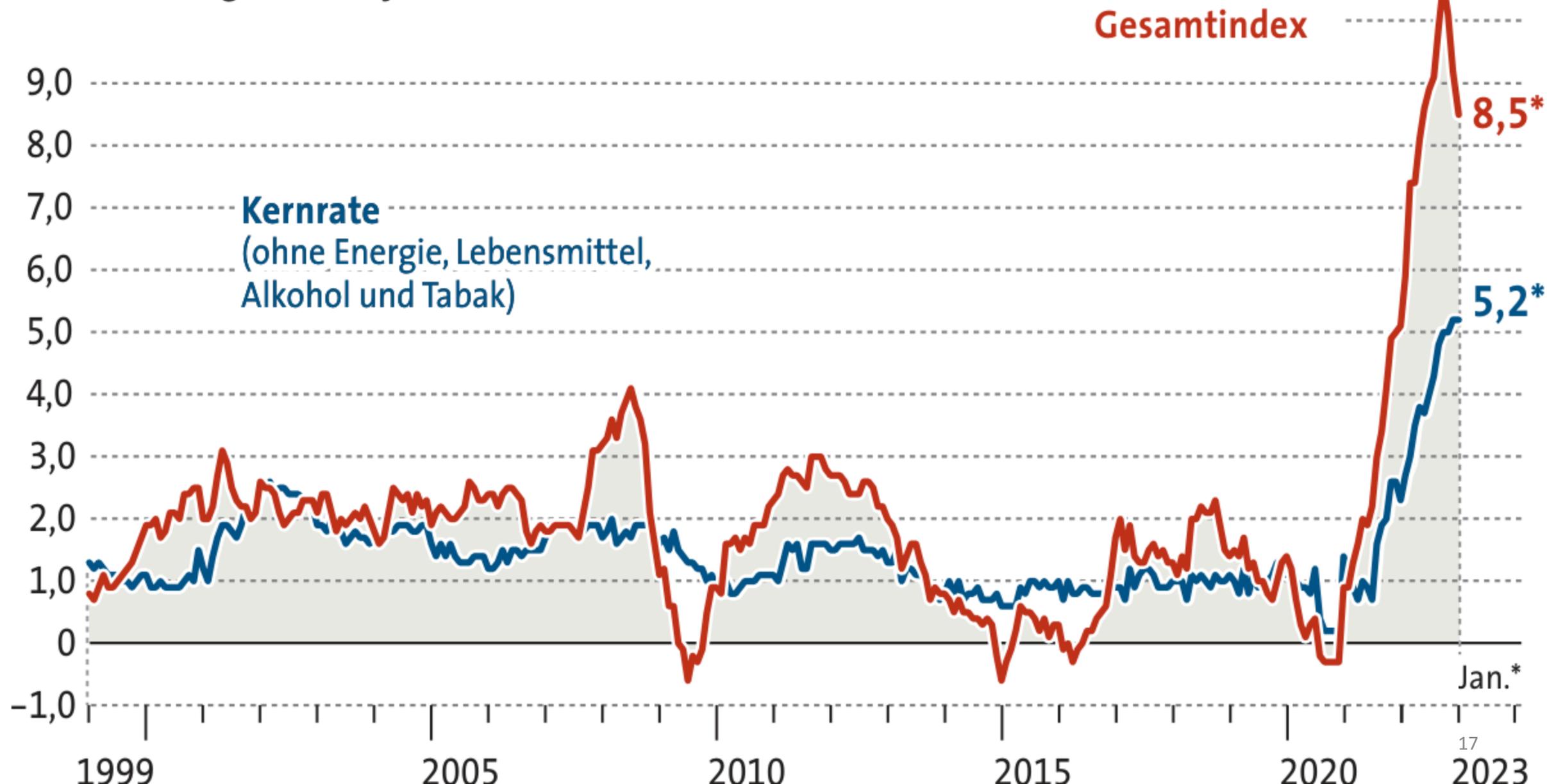
Hinweis auf steigende **Kerninflation** (gegenüber Gesamtinflationsrate)

Behauptete Treiber der „hausgemachten“ Inlandsinflation:

- * **Gewerkschaftliche** Lohnpolitik: Preis-Lohn-Preis-Spirale-Preis
- * **Staat** erzeugt auch mit seinen sozialen Entlastungsprogrammen für die privaten Haushalte und den Rettungsprogrammen für die Unternehmen **Übernachfrage**.

Inflation im Euroraum

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Hausgemachte Inflation: Der Verweis auf die Kerninflationsrate? – Auch getrieben durch die Energie- und Nahrungsmittelpreise

Einerseits: Bei der Kerninflationsrate sind **Nahrungsmittel** und **Energieeinkäufe** der privaten Haushalte ausgeschlossen; Beispiele:
Februar 2023 /September 2023 Kerninflationsrate 5,7% / 4,6% bei Gesamtinflation 8,7 / 4,5%.

Andererseits: Quer durch alle Waren stecken in der Kerninflationsrate Energiepreise

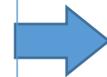
Die Kontroverse:

- * Die **EZB** unterstellt mit der Zinswende seit Mitte Juli 2022: Die zu bekämpfende Inflation sei auf eine „hausgemachte“ Überschussnachfrage zurückzuführen und werde vor allem durch staatliche Kreditfinanzierung und die Lohn-Preis-Spirale gepusht.
- * Die Energiepreise in den Erzeugnissen treiben die Kerninflation nach oben. Bei dieser Triebkraft handelt sich um eine indirekt importierte Angebotsinflation!

Die direkten und indirekten Effekte steigender Energiepreise auf die privaten Haushalte

Direkter Einfluss

Kerninflationsrate schließt Einkauf von Energieprodukten aus



PRIVATE HAUSHALTE



Indirekter Einfluss

auf die Kern-Inflationsrate
Einkauf von Waren mit Energieinput



Erzeuger der Waren

Einsatz von Energie auf breiter Front

Überwälzung der Energiekosten:

- * komplett
- * zum Teil
- * mit Gewinnaufschlag

Welche Rolle spielt die Geldpolitik?

Das Drama: **Machtvolle Machtlosigkeit?**

Der Glaubenssatz der Zinswende:

Dem Energiepreisschock folgt eine hausgemachte Überschussnachfrage-Inflation (Zweitrundeneffekt).

Dagegen die Zinswende mit dem Ziel, Preis für Notenbankgeld erhöhen und Geldmenge reduzieren:

1. Durch **Zinserhöhungen Kredite verteuern** und die **Nachfrage dämpfen**; **Spielraum für die Überwälzungsstrategien der Firmen** und die **Inflation begrenzen**: Rezessionseffekte gewollt!
2. Zur Zinserhöhung dazu: **Stopp des Ankaufs von Vermögenswerten (APP) und Pandemie-Notfallkaufprogramm (PEPP) von Banken (Abbau der Bilanzsumme der EZB);**
Teilweise Verzicht auf Anschlussfinanzierung (Bestandsabbau)



Gefahr eines monetaristischen Trugschlusses:

Wenn Inflation, dann Geldmenge immer zu hoch, weil (mondkausalistisch)

Geldmenge Inflation versucht

Milton Friedmans Monetarismus à la Neoquantitätstheorie lässt grüßen!

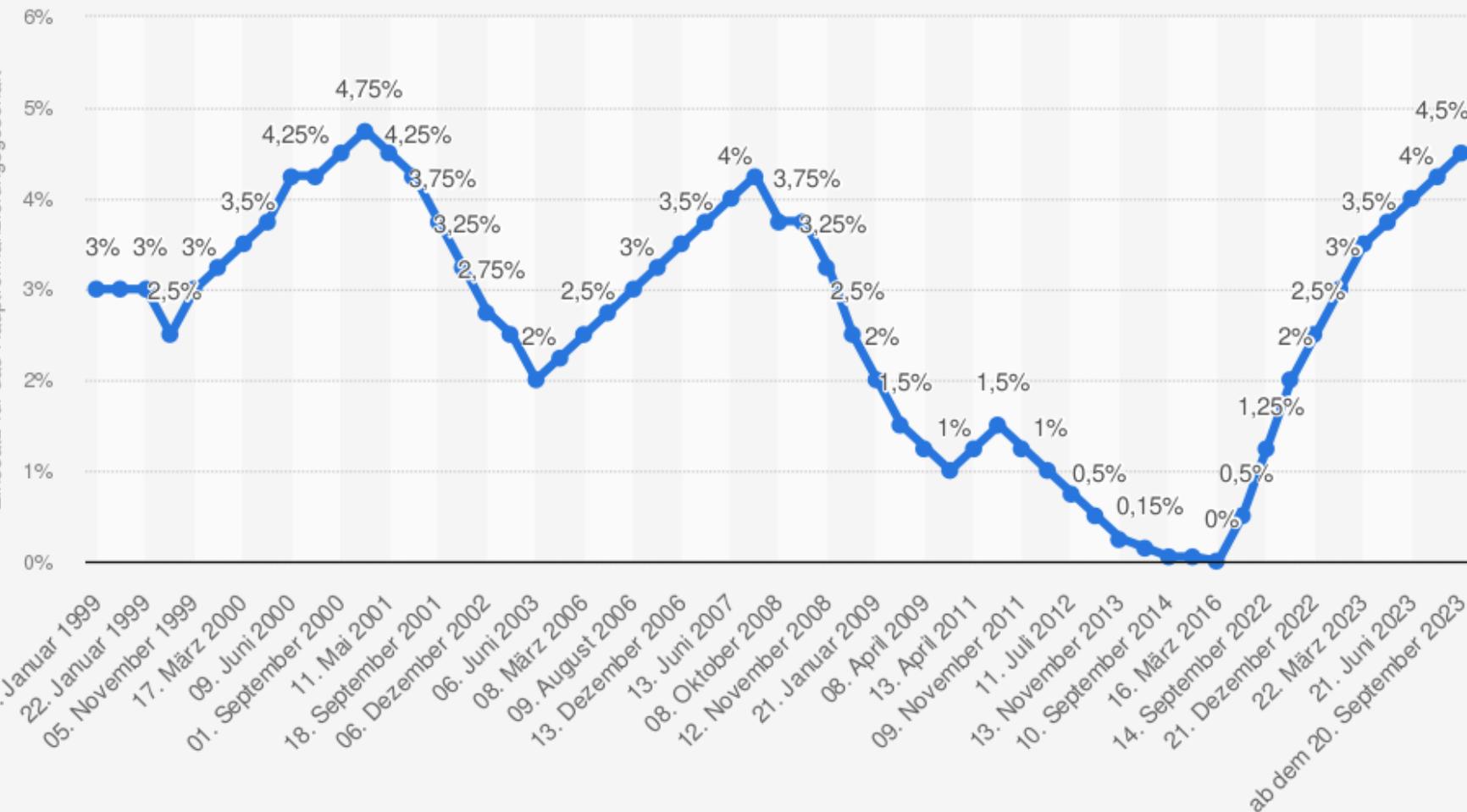
Wachstum der Geldmenge und Inflation im Euroraum

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Grafik: thel., nbl. / Quelle: EZB

Entwicklung des Zinssatzes der Europäischen Zentralbank für das Hauptrefinanzierungsgeschäft von 1999 bis 2023 (Stand: September 2023)



Schlag 1: In zehn Schritten die Leitzinsen erhöht

Zinswende:
Hauptrefinanzierungssatz
 von **0,5%** am 27.07.2022
 auf **4,50 %** am 14.09.2023

Einlagensatz: 4,00%
 Spitzenrefinanzierungssatz: 4,75%

Schlag 2:
Durch Ankauf von Wert-
papieren:

*Asset Purchase Programme APP
 *Pandemic Purchase Programme (PEPP endet März 2022)

Abbau der Bestände:
 - APP-Bestände: Abbau in „maßvollem und vorhersehbaren Tempo“ (keine Wiederanlage der Tilgungen)

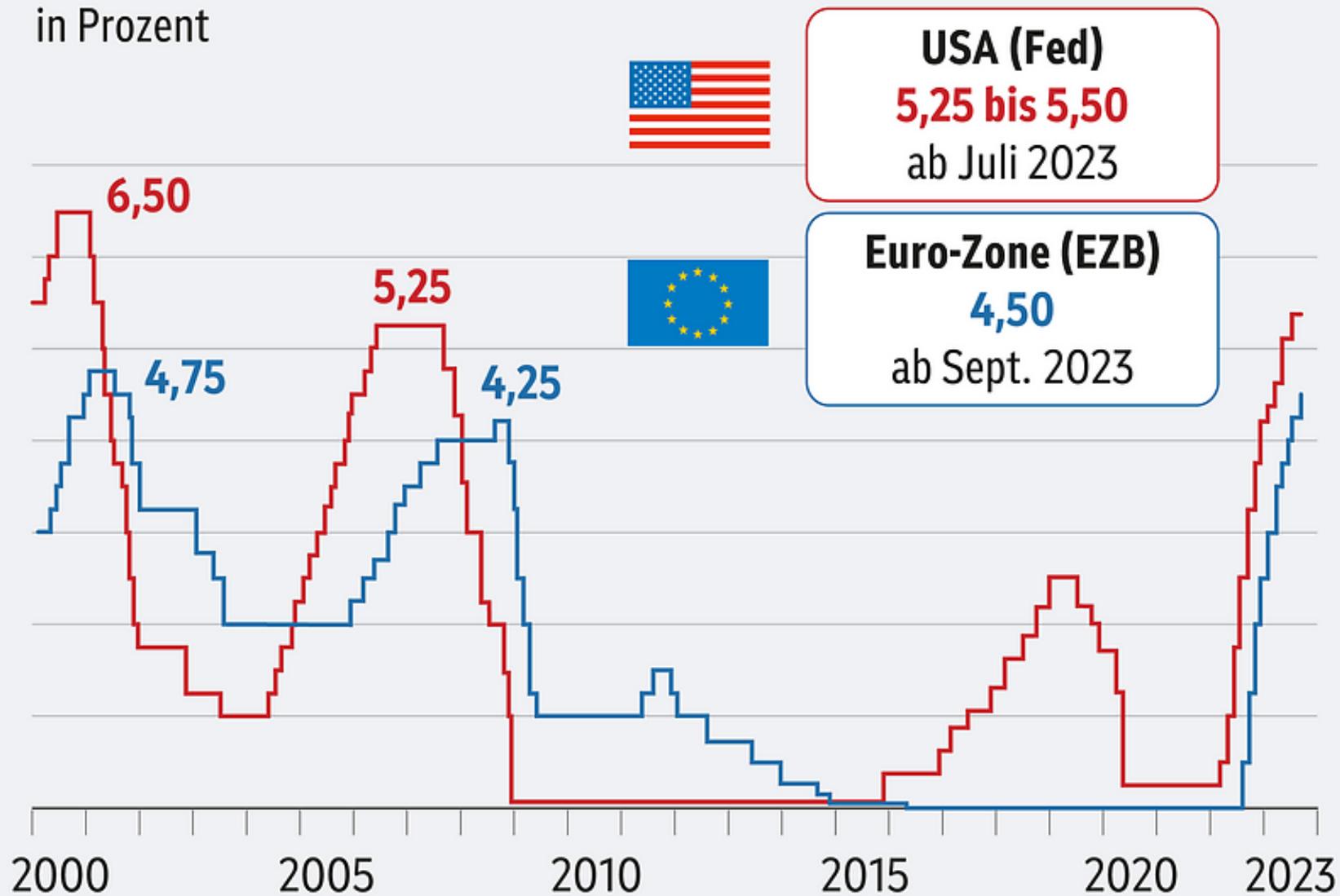
- PEPP- Bis Ende 2024 komplette Wiederanlage von Tilgungs-beiträgen!

Achtung: Spielraum für Green-Asset- Policy schrumpft!

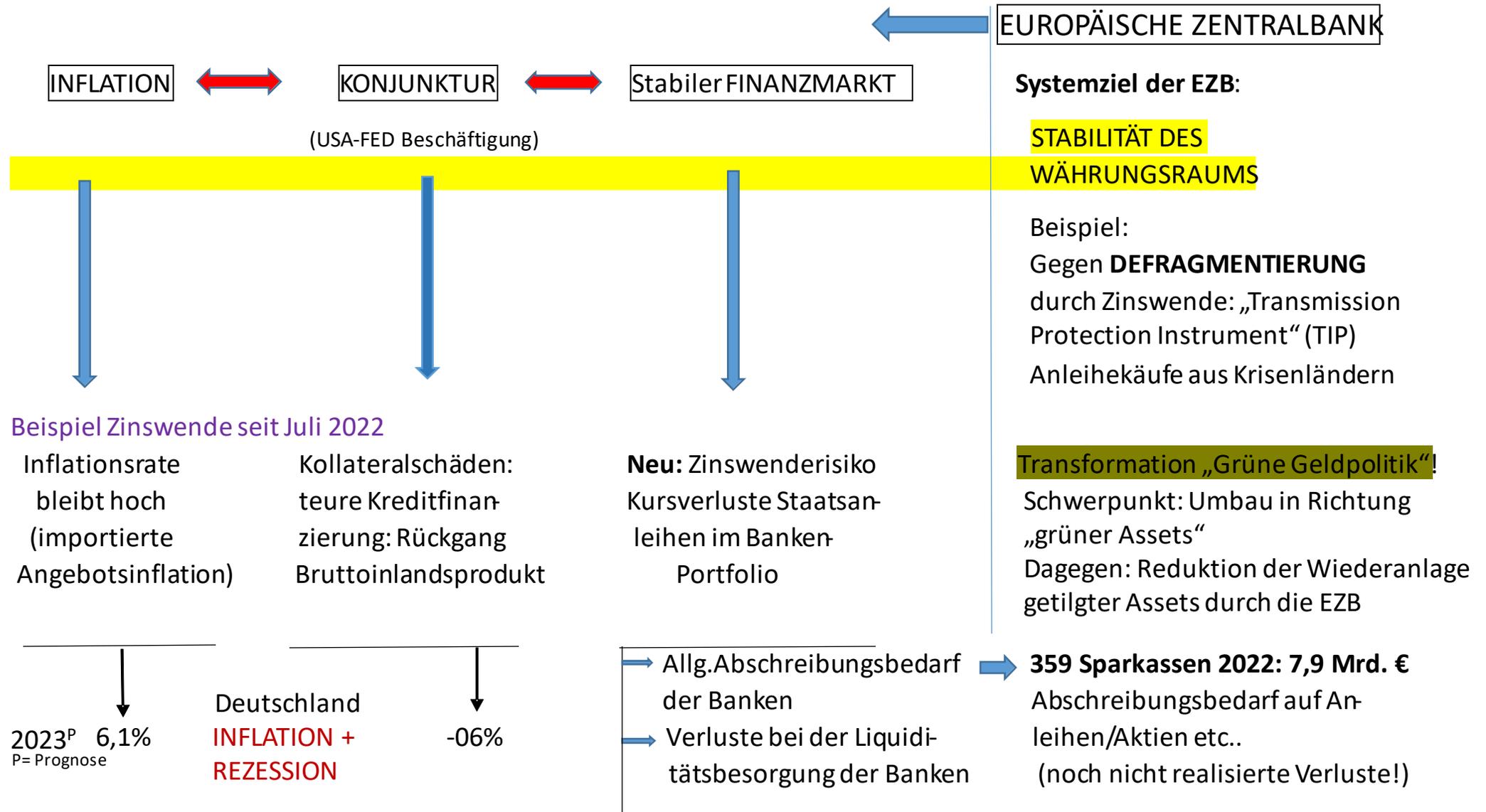
Weitere Informationen:
 Europa

Entwicklung der Leitzinssätze seit 2000

in Prozent



DAS MAGISCHE DREIECK DER GELDPOLITIK



„Enorme Inflationsdifferenzen in der EWU: ein Beleg für die Bedeutungslosigkeit von Geldmenge, Nachfrage und Schulden“ (Heiner Flassbeck; Relevante Ökonomik vom 3.10.2023)

Inflationsraten (%) auf Basis des HVPI

	Jährliche Rate							Monatliche Rate
	Sep 22	Apr 23	Mai 23	Jun 23	Jul 23	Aug 23	Sep 23	Sep 23
Belgien	12,1	3,3	2,7	1,6	1,7	2,4	0,7e	-0,4e
Deutschland	10,9	7,6	6,3	6,8	6,5	6,4	4,3e	0,2e
Estland	24,1	13,2	11,2	9,0	6,2	4,3	4,0e	0,0e
Irland	8,6	6,3	5,4	4,8	4,6	4,9	5,0e	0,1e
Griechenland	12,1	4,5	4,1	2,8	3,5	3,5	2,4e	1,9e
Spanien	9,0	3,8	2,9	1,6	2,1	2,4	3,2e	0,6e
Frankreich	6,2	6,9	6,0	5,3	5,1	5,7	5,6e	-0,6e
Kroatien	12,6	8,9	8,3	8,3	8,0	8,4	7,3e	-0,7e
Italien	9,4	8,6	8,0	6,7	6,3	5,5	5,7e	1,7e
Zypern	9,0	3,9	3,6	2,8	2,4	3,1	4,2e	0,1e
Lettland	22,0	15,0	12,3	8,1	6,6	5,6	3,5e	-0,5e
Litauen	22,5	13,3	10,7	8,2	7,2	6,4	4,1e	0,7e
Luxemburg	8,8	2,7	2,0	1,0	2,0	3,5	3,4e	0,4e
Malta	7,4	6,4	6,3	6,2	5,6	5,0	4,8e	-0,8e
Niederlande	17,1	5,8	6,8	6,4	5,3	3,4	-0,3e	-0,8e
Österreich	11,0	9,4	8,7	7,8	7,0	7,5	5,8e	1,0e
Portugal	9,8	6,9	5,4	4,7	4,3	5,3	4,8e	0,8e
Slowenien	10,6	9,2	8,1	6,6	5,7	6,1	7,1e	0,7e
Slowakei	13,6	14,0	12,3	11,3	10,3	9,6	8,9e	0,3e
Finnland	8,4	6,3	5,0	4,1	4,2	3,1	3,0e	0,6e

Inflationsdifferenzen:

- strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern
- Unterschiedliche Energiepreisentwicklung + Politische Regulierungen

Inflationsrate

Sept 23/22 (geschätzt)

* HVPI Gesamt: 4,3%e

* Kern-Infla-Rate: 4,5%e

(ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak)

* Energie **-4,7%e**

* Industrie ohne Energie 4,2%e

* Dienstleistungen 4,7%e

e Schätzung Quelldatensatz: [prc_hicp_manr](#)

Gefahr einer monetaristischen Symbolpolitik gegen wachsende Inflationserwartungen

Das Fazit: EZB bewegt sich in der Vertrauensfalle

Im engeren **Zielkonflikt** hat sich die Geldpolitik für den Kampf gegen Inflationserwartungen entschieden:

1. **Inflationsziel verfolgt, aber nicht erreichbar:** Dominanz der importierten Inflation (Energiepreise)
2. **Rezessionswirkungen** hingenommen / unterschätzt: Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion durch steigende Kreditzinsen über fremdfinanzierende **Unternehmen** und **Staat**
3. **Ökologischer Umbau:** Investitionen durch Zinspolitik belastet – Wo bleibt die GREEN-EZB?
4. **Bankenrisiken** durch Zinsänderungsrisiko: Auf der Aktivseite **Kursverluste bei den** Anleihen – Mobilisierung von Liquidität im Fall des Einlagenabzugs erschwert bis unmöglich
5. Gefahr der Defragmentierung im Euroraum durch Geldpolitik (Beispiel Italien)

Ordnungspolitisch Wettbewerbsbasis für monetäre Transformation über Bankensystem stärken:
Aktuelles Dilemma: Durch Zinswende hohe Zinsspanne: Zinsen für Kredite deutlich erhöht, aber Einlagenzinsen sehr niedrig (im Durchschnitt unter 1% für Tagesgeld und Festgeld:
Wettbewerbsrechtlich Weitergabe für Einlagen stärken!5

Was sollte die EZB tun?

Die geldpolitischen Wahrheiten kommunizieren:

1. (Exogene) importierte Angebotsinflation außerhalb der Kontrolle der EZB
2. Geldpolitik hat keine Macht, die eigentlichen Inflationsursachen (Energiepreise) zu bekämpfen
3. Wenn hausgemachte Inflation, dann Einsatz der Geldpolitik
4. Im Widerspruch zu der Erklärung der EZB-Präsidentin, die für die Bekämpfung der Inflation den Wirtschaftsabschwung in Kauf nimmt: Rezession kein hinzunehmender Kollateralschaden gegen Inflation!

Die Aufgaben einer geldpolitischen Gesamtstrategie:

1. Die Zinswende stoppen: Rezessionsrisiken zu groß, kaum Erfolge bei Inflationsbremsung
2. Das Auseinanderbrechen der Eurozone (Fragmentierung) verhindern (Beispiel: „Transmission Protection Instrument (TIP)“ für überschuldete Krisenländer!
3. Geldpolitisch die Finanzpolitik bei ökologischem Umbau investiv unterstützen – nicht behindern!

Welche Rolle kommt der deutschen Finanzpolitik in der Inflationskrise zu?

Staat muss aktiv werden,

- * weil vor allem importierte ***Energie-Inflation*** nicht schnell zu bekämpfen ist;
- * weil Belastungen der Wirtschaft durch ***Geldpolitik*** aufgefangen werden müssen.

1. **Substanzsicherung** der unverschuldet in die Krise geratenen Unternehmen durch Überbrückungs-/Entlastungspakete
2. **Ausgleich für die sozialen Lasten** infolge steigender, existenziell wichtiger Preise!
Denn: Inflation geht „*besonders zu Lasten wirtschaftlich schwächerer Bevölkerungsgruppen*“ (Deutsche Bundesbank)

Im Einsatz: Drei Entlastungspakete (93,7 Mrd. €) + Doppel-Wumms (200 Mrd. €)

Zuletzt durch Bundesregierung beschlossen: **Gaspreisbremse / Strompreisbremse + Härtefallregelungen** Für KMU / Mieterinnen und selbstgenutztes Wohneigentum bei finanzieller Überforderung im Bereich des „Bürgergeldes“/ Wohnungsunternehmen durch Kredite / Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen / Soziale Dienstleister des Bundes für Rehabilitation und Teilhabe: Zuschuss für Energiekosten

Bund (25.1.2023): zusätzlich gezielte Hilfen für Unternehmen 375 Mio. €

Mit Milliarden gegen die Krise

Entlastungspakete: Budgetwirkung in Mrd. Euro

	2022	2023	2024	Maßnahmen
Entlastungspaket 1	4,8	4,7	4,6	Heizkostenzuschuss 1, Erhöhung von Pendlerpauschale, Arbeitnehmerpauschbetrag und Grundfreibetrag
Entlastungspaket 2	18,7	0,5	0,5	Tankrabatt, 9-Euro-Ticket, Kinderbonus und -sofortzuschlag, Energiepauschale, Einmalzahlung Arbeitslosengeld I/Arbeitslosengeld II/ Sozialhilfe
Entlastungspaket 3	9,8	43,9	47,14	Auswahl: Verschiebung der CO ₂ -Preiserhöhung, Einmalzahlung für Rentner und Studenten, Wohngeldreform, Bürgergeld, Heizkostenzuschuss 2, Kindergelderhöhung, reduzierte Mehrwertsteuer für Gas und Gastronomie, Abbau der kalten Progression, Abschaffung von Doppelbesteuerung von Renten
Gesamt	33,4 Mrd. €	49,0 Mrd. €	52,2 Mrd. €	

+ **Doppelwumms** für bezahlbare Energie: 200Mrd. € vor allem für

- Gas- und Strompreisbremse
- Rettung der Gasimporteure

Defizite bei den bisherigen drei Entlastungspaketen: Viele Erfolge, aber...!

1. Die Flops: Tankrabatt / Gaspreisumlage / in der Diskussion: Exit traditioneller Gasheizungen

2. Zu wenig Zielgenauigkeit – zu viel Gießkanne (Beispiel Energiepauschale):

Forderung: **sozial gezielte, preisbezogene** Entlastung

Nach Berechnungen des SVR (JG 22/23) fließen rund die Hälfte der Hilfen nach den drei Entlastungspaketen nicht sozial gezielt, sondern an sämtliche Haushalte!

3. Mitnahmeeffekte der Multis: Beispiel Tankrabatt durch die Mineralölkonzerne

4. Keine ausreichenden Rettungsmaßnahmen für direkt und indirekt energieabhängige Unternehmen

- * Vielen Unternehmen fehlt Marktmacht, um explodierende Energiekosten zu überwälzen

- * Energieintensive Unternehmen im KMU-Bereich

- * Die Voraussetzungen für Kurzarbeit genauer fassen und Energiekostenzuschüsse passgenauer und schneller zahlen!

5. Zu wenig gezielte Hilfen für die Normalbeschäftigten

- * Einzige Zusage: Bis 3 000 € Tariferhöhung steuer- und abgabenfrei

6. Kaum Verknüpfung der Ausgleichsmaßnahmen mit dem ökologischen Umbau

- * Temporärer Ausstieg aus dem CO₂- Abgabepfad

- * Beispiel: Ökologischer Umbau der Stahlindustrie durch Gaseinsatz bei den Direktreduktionsanlagen für Green Steel belastet!

Die aktuellen Baustellen zur Beherrschung der Belastungen durch die Energiekrise und den ökologischen Umbau

1. Fortschreibung staatlicher Unterstützung durch die Strom-und Gaspreisbremse

- * Bisher Übernahme Strompreises bei über 40 Cent für private Haushalte und kleine Betriebe für 80% des historischen Verbrauchs
- * Für mittlere und große Unternehmen mit mehr als 30 000 kwh pro Jahr: Deckel bei netto 13 Cent für 70% des historischen Verbrauchs

Jüngster Vorschlag von Thomas Krebs (HBS): Bis 2030 für Privathaushalte und Kleinbetriebe statt 40 jetzt 35 Cent pro kwh; Großbetriebe statt 13 bei 10 Cent. **Zusätzliche Subventionierung:**

- * Unternehmen mit Tariflöhnen erhalten Bonus von einem Cent
- * Nur 6 Cent bei energieintensiven Betrieben: die klimagerecht umbauen mit Standort- und Beschäftigungsgarantie : Gesamtkosten 20 – 60 Mrd. €

2. Deckelung der Industriestrompreise: Konzepte zur Überbrückung

Habeck: „Brückenstrompreis“ ausgewählte Unternehmen: 6 Cent je kwh für 80% des Basisbedarfs
Alternative: Preisbremse für alle (Thomas Krebs, Gutachten Hans-Böckler-Stiftung)

3. Ermäßigter Mehrwertsteuersatz in Gastronomie verlängern?

7 % auf Speisen unter dem Druck der Pandemie eingeführt? Wie lange beibehalten?

4. Wo bleibt das Klimageld für alle zum Ausgleich der CO2-Abgabe? (2024: 40 € pro Tonne CO2)

Modellrechnungen des DIW: Gegen regressive Wirkung Klimageld 80 bis 100 € pro Person im Jahr

Wie lassen sich die staatlichen Rettungsmaßnahmen finanzieren?

Machbare Finanzierungsvorschläge (gegen die neoliberale Fiskalparadoxie):

Wachsende staatliche Krisenkosten + Beibehaltung der Schuldenbremse ohne Steuererhöhungen

1. Öffentliche Kreditaufnahme mit dem Prinzip der Refinanzierbarkeit

+ Gesamtstaatlicher Notstand: **Schuldenbremse** weiterhin aussetzen!

Nach Artikel 115 GG „Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“

+ Aktuell Einsatz der **Sondervermögenfonds**:

- „Klima- und Transformationsfonds (KFT)“
- „Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF)“: Daraus bisher Gas- und Strompreisbremse finanziert!
- Über öffentliche Unternehmen / Kreditanstalt für Wiederaufbau

2. **KTF auch finanziert aus Einnahmen durch Emissionsabgaben** (steigen von 40 € pro Tonne 2024 auf ca. 85€ in 2028 €)

2023 Einnahmen des KTF 100,8 Mrd. € , davon: ETS 7,3 Mrd. € + Brennstoffemissionshandel 8,6 Mrd.€ + Rücklage (Kredite) 78, 9 Mrd. € (Gesamtausgaben des KTF: 211,8 Mrd. €)

2. Steuerpolitische Maßnahmen zur Mobilisierung von Staatseinnahmen

- Energie-Soli-Zuschlag (vergleichbar dem Soli-Beitrag)
- Erhöhung der Spitzeneinkommensbesteuerung und Einführung der Vermögensteuer

Vorschlag des Rats der Fünf Weisen: Höherer Spitzensteuersatz oder Energie-Soli

Ausgleich für sozial-undifferenzierte Entlastung zugunsten der Einkommensstarken

3. Finanzierungsquelle: Sonderbesteuerung der **Übergewinne** (Excess Profits) aus der Energiekrise und dem Krieg (Initiative des Bremer Senats):

- + Ausnutzung monopolistischer Macht (Energie- und Mineralölkonzerne)
- + Abgrenzung der Übergewinne gegenüber Normal- und Pioniergewinnen
- + historische und internationale Beispiele der Machbarkeit

Die Übergewinnsteuer in Deutschland (im Rahmen der EU-Verordnung) Befristete Besteuerung der Zusatzgewinne der Unternehmen in der ***Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriewirtschaft.***

Übergewinne für die beiden ***Wirtschaftsjahre 2022 und 2023*** liegen vor, wenn gegenüber den Jahren 2018-2021 die durchschnittlich erwirtschafteten „Normalgewinne“ 20 % überstiegen werden. **Zufallsgewinne werden mit 33% besteuert.**

Blick in die Zukunft: Welche preistreibenden Einflüsse sind zu erwarten: Zu rechnen ist mit einem höheren Preisniveau – und das ist zum Teil unvermeidbar!

- 1. **Geostrategische Blockbildung** / ..National First-Strategien /Protektionismus*
- 2. Inflationsbeschleunigende **Lieferkettenstörungen**: Krise der Hyperglobalisierung*
- 3. Globalisierung **monopolistischer Marktmacht** treibt die Greedflation*
- 4. Weiterhin preistreibende **Spekulationsgeschäfte** per Warentermingeschäften auf den Finanzmärkten*
- 5. Regulatorisch gewollte **faire Preise** auf allen Ebenen der weltweiten Wertschöpfungskette, also keine Billigpreise durch Hungerlöhne*

Blick in die Zukunft: Welche preistreibenden Einflüsse sind zu erwarten

6. Preiseffekte des ökologischen Umbaus und Auswirkungen auf Inflationsrate:

- * In der **Transformationsphase**: politisch gewollt höhere Preise über Internalisierung der Umweltkosten durch CO₂-Abgabe / Umweltzertifikate + Verteuerung der Rohstoffe / seltene Erden (Bau von Windkraftanlagen)
„Greenflation“ durch Klimabonusprogramme sozial abfedern*
- * Nach gelungener Transformation: Preissenkungen durch **Dekarbonisierung** (Energieproduktion Windkraft im Bereich sehr niedriger Grenzkosten)*

Folgen der langfristigen Preisniveauentwicklung für die Geldpolitik der EZB:

Um höherem Finanzierungsbedarf zu entsprechen: Anhebung der Zielinflationsrate

Die den neuen Herausforderungen entsprechende Zielinflationsrate **3 bis 3,5 %!**

Die EZB muss ihren Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation leisten!